

## Antrag 2

zur BDKJ-Diözesanversammlung I/1987

Antragsteller: BDKJ-Diözesanvorstand

### Erklärung der BDKJ-Diözesanversammlung zur Einführung der Neuen Informations- und Kommunikationstechnologien

Der Einsatz der neuen IuK-Technologien bringt eine Reihe neuer Bedingungen mit sich. Um die negativen Auswirkungen einzugrenzen, stellt der BDKJ-Diözesanverband Forderungen auf, die entsprechend beim Einsatz und der Anwendung der IuK-Technologien berücksichtigt werden müssen.

#### 1. Forderungen an die Gesellschaft

##### Staat, Politik:

Die sich aus der Struktur der Technologie ergebenden Sachzwänge bedingen eine Abhängigkeit von zentralen Strukturen und Rechnern, geringere Mitwirkungsmöglichkeiten des einzelnen an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen und einen geringeren Überblick über Informationsansammlung bzw. Kontrolle über Austausch von Daten.

Deshalb fordert der BDKJ bei der Technikanwendung folgende Punkte zu berücksichtigen:

- Der Technikeinsatz muß auf die Fälle begrenzt werden, wo die Herstellung der Funktionsvoraussetzungen sinnvoll oder akzeptabel erscheint (d.h. gezielte Ablehnung einzelner Anwendungen, wo die Formalisierung, Verdichtung und maschinelle Kontrolle nicht akzeptabel erscheinen, z.B. Personaldispositionssysteme, elektronische Sprachauswertung ...).
- Dies erfordert eine Erarbeitung von Kriterien für den Einsatz der neuen IuK-Technologien (z.B. Arbeitsverhältnis, Gesundheit, Kommunikation, Verhaltensspielräume, Datenschutz ...).
- Die Vernetzung von Geräten und Integration von Anwendungen muß begrenzt werden.
- Die elektronische Vernetzung unserer Gesellschaft muß sofort beendet werden, d.h. keine Dienstintegration und Verschmelzung der bisher noch getrennten Netze, keine Privatisierung von öffentlichen Netzen, sowie die Umlage der Kosten auf jene, die die Anlagen nutzen (vgl. Position Neue Medien).
- Der Datenschutz muß verstärkt werden, d.h. Ausbau der Aufsichtsämter u.a. bezüglich ihrer Handlungsbefugnisse; eine umfassende gesetzliche Regelung der Datenzugangsvorschriften, sowie eine gesetzlich geregelte Verpflichtung für alle Datenbanken, -empfänger und -verarbeiter, Auskunft über ihre jeweiligen Anschlüsse untereinander jederzeit und öffentlich zu verteilen.
- Die Datenbanken müssen einer gesetzlich geregelten Verpflichtung unterliegen, jedem Betroffenen jederzeit Auskunft über sämtliche über ihn gespeicherten Daten geben zu müssen.

### Arbeitswelt:

Die im Bereich Arbeitswelt diskutierten negativen Auswirkungen, wie Verringerung der Arbeitsplätze, Verlust an Qualität der Arbeitsplätze, gesundheitliche Auswirkungen, Zunahme der Überwachungsmöglichkeiten könnten begrenzt werden, wenn entsprechende ordnungspolitische Rahmenbedingungen gesetzt werden. Deshalb fordert der BDKJ:

- daß allen Arbeitnehmern bei Einführung neuer IuK-Technologien ein umfangreiches, gesetzlich verankertes Mitbestimmungsrecht eingeräumt wird.
- daß der Arbeitsschutz verbessert wird hinsichtlich physischer und psychischer Belastung der Bildschirmarbeit.
- daß die sozialproblematischen Anwendungsformen, wie Heim- und Fernarbeit begrenzt bzw. verboten werden, verbunden mit entsprechend arbeitsrechtlicher Regelung.
- daß einer Dequalifizierung (Monotonisierung) von Arbeit entgegengewirkt wird durch allgemeine und kulturelle Kompensation (allgem. Bildungsurlaub notwendig).
- daß die vorhandene, weniger werdende Arbeit gerechter verteilt wird, v.a. durch eine Verkürzung der Arbeitszeit.

### Lernbereich:

Der verstärkte Einsatz der neuen IuK-Technologien im Unterricht führt zur Vereinzelung und einseitigen Förderung der geistig-kognitiven Fähigkeiten.

Es wäre jedoch Aufgabe der Schule, gerade den negativen Veränderungen in der Gesellschaft entgegenzutreten.

Der BDKJ fordert deshalb:

- daß auf allen Ebenen der Schule eine ganzheitliche Sicht auf Folgen und Formen elektronischer Vernetzung den Jugendlichen vermittelt wird, d.h. Lernziel ist nicht nur die einzelne Fertigkeit im Umgang mit Computern, sondern auch die Fähigkeit, Funktion, Herkunft und Verwertungszusammenhang neuer IuK-Technologien zu begreifen und kritisch hinterfragen zu können.
- daß Bildungspolitiker, Kulturbehörden, Lehrer und Eltern dem Trend widerstehen, durch programmierten Unterricht Schule im Sinne von Lernergebnissen zu 'effektivieren' und statt dessen die Persönlichkeitsförderung der Kinder wieder in den Mittelpunkt des Schulalltags rücken.

### Freizeit:

In unserer Gesellschaft werden immer mehr Lebensbereiche nur noch oder vorrangig medial erfahrbar sein. Bei der Ausgestaltung der Neuen Medien und nun bei der Einführung der neuen IuK-Technologien muß im besonderen darauf geachtet werden, daß der Mensch genügend Freiraum zum 'direkten Erleben' hat.

Deshalb fordert der BDKJ:

- daß in unserer Gesellschaft die Voraussetzungen für direktes Erleben erhalten bleiben (z.B. ausreichende finanzielle und räumliche Ausstattung von Vereinen, Bürgerhäusern, Jugendarbeit etc., aber auch Ausbau und kostengünstige Gestaltung öffentlicher Verkehrsmittel, v.a. im Nahverkehr). Durch solche Maßnahmen muß das Angebot nichtmedialer Kommunikation in der Lage sein, eine attraktive Alternative zu den durch IuK-Technologien transportierten kommerziellen Angeboten bilden zu können.
- daß der Auflösung des traditionellen Freizeitbegriffs entgegengewirkt wird (keine Heimarbeitsplätze, keine Dienstintegration).
- daß einer Verflachung der Programmangebote entgegengewirkt wird.

## 2. Forderungen an die Jugendarbeit:

Die kirchliche Jugendverbandsarbeit hat den Auftrag, gesellschaftliche Entwicklungen zu beobachten, entsprechend ihren christlichen Wertmaßstäben zu beurteilen und auf Konsequenzen hinzuweisen. Es ist deshalb notwendig, daß neben den Forderungen an die Gesellschaft die Jugendarbeit selber Bedingungen schafft, um negativen Auswirkungen entgegenzuwirken.

Deshalb fordert der BDKJ die Jugendarbeit auf,

- der Verantwortung hinsichtlich der politischen Interessenvertretung gerecht zu werden. Dies erfordert, daß die Jugendarbeit sich im Bereich der neuen IuK-Technologien verstärkt kompetent macht und auf Gefährdungen von Mitgestaltungsmöglichkeiten hinweist, um einerseits politische Vorgänge transparent zu machen und zentralistischen Tendenzen entgegenzuwirken und andererseits alternative Vorstellungen zu entwickeln (vgl. Energiepolitik) und politisch durchzusetzen.
- den Isolations- und Individualisierungstendenzen entgegenzuwirken, indem sie alternative Gesellungs- und Aktivitätsformen entwickelt und politisch durchsetzt, um so dem Versuch entgegenzutreten, das Leben der Bürger den neuen IuK-Technologien verfügbar zu machen und zu halten.
- insgesamt mehr Bildungsarbeit einzufordern, da die Notwendigkeit für "Bildung" im Sinne von Jugendarbeit ganzheitlich und als Lebensvorbereitung stark ansteigen wird.
- im Zusammenwirken mit den Jugendlichen Alternativen zum und im Einsatz elektronischer Apparaturen und neuer IuK-Technologien zu entwickeln und zu erproben, z.B. zur Lösung dringender gesellschaftlicher Notstände (z.B. Umweltschutz).
- eine Vielzahl von Aktionen zu entwickeln und durchzuführen, um auf Gefahren der "IuK"-Technologien hinzuweisen und ihre Einführung in Teilbereiche zu verhindern.

## 3. Selbstverpflichtungserklärung der Verantwortlichen im BDKJ

Der BDKJ kann negativen Auswirkungen nur sinnvoll entgegenwirken, wenn er in seinen eigenen Organisations- und Verwaltungsstrukturen den aufgestellten Forderungen gerecht wird.

Es ist deshalb notwendig:

- daß eigene politische Prozesse im Verband transparent werden; Demokratie muß durch unmittelbare Partizipation erfahrbar sein.
- im eigenen Verwaltungsbereich deutlich zu machen, daß eine elektronische Vernetzung in der Jugendarbeit und eine aktive oder passive Beteiligung an Bildschirmtext und anderen digitalen Kabeldiensten ein positives gesellschaftspolitisches Wirken behindert bzw. sogar verhindert.
- im eigenen Umgang mit Daten deutlich machen, daß dem Bürger ein "Grundrecht auf Datenschutz" zugestanden werden muß und der Betroffene selbst über Abgabe, Sammlung und Weitergabe seiner Daten entscheiden können muß, d.h. selber strenge Anwendung der Datenschutzbestimmungen.

Waldmünchen, 5. April 1987

Dieser Antrag wurde bei 3 Enthaltungen angenommen!